

# DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Ffpr.: 44 28 86. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598  
46. Jahrgang Hamburg, 17. Dezember 1932 Nummer 51

## Verschärfte Klassenkämpfe

Es ginge gegen alle Erwartungen, wenn die Weltwirtschaftskrise nicht auch eine Verschärfung und Verwässerung der Klassengegensätze mit sich gebracht hätte. Diese Feststellung ist manchen, die den Klassenkampf nur führen, ihn jedoch verschweigen, un bequem. Gelegentlich auch beschimpfen sie jene, die keinen Grund haben, die Tatsache des verschärften Klassenkampfes nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die Klassenkämpfe werden jedoch, auch wenn man von ihnen nicht redet, nichtsdestoweniger vorhanden sein. In einer klassengespaltenen Gesellschaft können die Interessengegensätze nicht verschwinden. In der Wirtschaftskrise, in der das Sozialprodukt zusammenschrumpft, muß der Kampf um den Anteil an dem Sozialprodukt notwendigerweise an Heftigkeit zunehmen.

Allerdings können in der Wirtschaftskrise Lohnkämpfe großen Ausmaßes nur dort geführt werden, wo die Arbeitslosigkeit keinen sehr großen Umfang annimmt, oder dort, wo die Organisationen der Arbeitnehmer so stark sind, daß sie den Lohnkampf auch unter sehr ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen riskieren können. Dabei wurden größere Lohnkämpfe während der Krise allein in England, in Belgien und den skandinavischen Ländern (neuerdings auch in Deutschland) geführt. Da in Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur die Lohnkämpfe gewöhnlich zahlreicher sind, so könnte man denken, der Klassenkampf für den Lohn sei eher eine Eigentümlichkeit der Aufschwungsperiode. Desgleichen hat der Klassenkampf um die Sozialpolitik in der Krise eine andere Gestalt wie in der Hochkonjunktur. Wird er in Zeiten guter Konjunktur um den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen geführt, so ist in der Krisenzeit der Klassenkampf an der sozialpolitischen Front auf die Abwehr der Verschlechterung oder die Wiedergewinnung verlorengegangener Ergebnisse der Sozialpolitik gerichtet. Die Anregung der deutschen Sozialdemokratie zur Einleitung eines Volksentscheids gegen die Notverordnung, die die Sozialpolitik stark verschlechterte, der Kampf der englischen Gewerkschaften gegen die Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung usw. sind durch diesen Abwehrcharakter gekennzeichnet. Man könnte daher für die Krisenzeit auf den ersten Blick eher von einer Abwehrbewegung als von einem Vorstoß auf der Lohn- und sozialpolitischen Klassenfront reden. Indessen wäre eine solche Betrachtungsweise nicht richtig, auch dann nicht, wenn man davon absieht, daß der Klassenkampf von oben, der von den Unternehmern gegen die Arbeiterschaft geführt wird, gerade in der Krisenzeit sehr verschärft wurde. Der Klassenkampf ist auch ein psychologischer Tatbestand, der sich im seelischen Verhalten jener Schichten, die ihn führen, auswirkt. Kann die Arbeiterschaft ihren Lohn- und sozialpolitischen Kampf in der Krisenzeit mit geringerer Aussicht auf Erfolg führen wie in Zeiten des Konjunkturaufstiegs, so steigt darüber um so mehr ihre Erbitterung. Die Energien, die im Lohn- und sozialpolitischen Kampf zur Ohnmacht verurteilt sind, setzen sich in revolutionäre Energien um und warten auf die Gelegenheit, um sich zu entladen. Daß bei solchen Entladungen die Opfer größer sind als der Erfolg, ist die tiefe Tragik der Spaltungen, die nicht nur die Klassen voneinander trennen, sondern auch innerhalb der Klassen selbst bestehen.

Verschärft wird in der Krise auch jene Form des Klassenkampfes, der an der Front der Staatsfinanzen geführt wird. Im modernen Staat wird ein stets größerer und stets steigender Teil des Volkseinkommens vom Staat in Anspruch genommen, der ihn in die Bevölkerung wieder zurückleitet. Auf welche Weise die Staatseinnahmen aufgebracht und verwendet werden, ist daher ein Gegenstand des Klassenkampfes, der an Bedeutung um so mehr gewinnt, je größer das Opfer ist, das der Steuerzahler zu tragen hat und je größer die Ansprüche sind, die von den verschiedenen Schichten an den Staat gestellt werden. Ob die Hauptlast der Steuerzahlung den Reichen oder den Armen aufgebürdet werden soll, ob die Staatseinnahmen für Subventionen an Unternehmungen und für Rüstungszwecke oder aber für soziale Aufgaben verwendet werden, ob die Beamtenbezüge gekürzt werden sollen, um den dadurch gewonnenen Spielraum für andere Zwecke zu verwenden, — diese Fragen sind Gegenstand scharfer Klassenkämpfe in einer Anzahl von Ländern.

Die Interessengegensätze lassen die Klassenkampffronten nicht nur zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft, sondern auch unter den verschiedenen Interessengruppen des Unternehmertums selbst stärker sichtbar werden. Da kämpfen die land-

wirtschaftlichen Interessen gegen die industriellen. Die Landwirtschaft möchte ihre Sondertrise mit Hilfe von Agrarzöllen, Kontingenten und Subventionen auf Kosten anderer Volksschichten beheben. Sie kümmert sich nicht im geringsten darum, wie diese Maßnahmen die gesamte Volkswirtschaft und vor allem den industriellen Arbeitsmarkt beeinflussen werden. Sie kümmert sich nicht darum, daß die Ausfuhr eines Landes, das sich vor der Einfuhr landwirtschaftlicher Pro-

### Erklärung

Seit längerer Zeit werden im Reiche andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialistischen Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. Wir wiederholen nochmals, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.

Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweis für den „Klassenverrat des ADGB“ dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle“ ist am 2. Dezember dieses Jahres in der Zeitung „Volkswille“ (Lein- und Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unerkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist in der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.

Berlin, 8. Dezember 1932.

Der Bundesvorstand.

dukte versperrt, notwendigerweise zusammenschrumpfen muß und daß damit die Arbeitslosigkeit weiter erhöht wird. Innerhalb der Landwirtschaft bestehen starke Interessengegensätze zwischen der getreibeproduzierenden Großlandwirtschaft und den bäuerlichen Produzenten von Veredelungsprodukten. Diese Interessengegensätze werden allerdings häufig verschleiert, sofern es den Vertretern der Großlandwirtschaft, die schlauer und gerissener sind als die Bauern, die eine aus ihrer Mitte hervorgegangene Vertretung überhaupt selten haben, gelingt, diese Interessen künstlich zu verkleinern, den Bauern einzureden, sie hätten die gleichen Interessen wie der Großgrundbesitz. — Auch unter den Industriellen unternehmern verschärfen sich die Gegensätze. Die Industriezweige, die hauptsächlich für den inländischen Absatz arbeiten, fordern verstärkten Zollschutz gegen die Auslandskonkurrenz, während die Exportindustrien von den Zollerhöhungen mit Recht die Verschlechterung der Exportaussichten erwarten.

Eine neue Klassenfront hat sich in der Wirtschaftskrise zwischen Gläubigern und Schuldnern herausgebildet. In der Wirtschaftskrise sind die Warenpreise gewaltig gesunken, während der Preis für den Kredit, der Zins, bei langfristigen Schuldverträgen überall, in manchen Ländern, wie in Deutschland, auch bei kurzfristigen Schulden auf der alten Höhe geblieben ist. Neben der starken Preisentwertung gehen in der Krise auch die abgesetzten Warenmengen gewaltig zurück, so daß die Schuldner ihre Schuldenlast von einem stark zusammengeschrumpften Einkommen abzutragen haben. Je größer der Produktions- und Preisrückgang auf der einen, die Verschuldung auf der anderen Seite, um so schwerer wird die Schuldenlast. Während früher der Schuldner unter solchen Verhältnissen einfach zahlungsunfähig wurde, erzwingt jetzt die organisierte politische Macht der Schuldnergruppen die Ermäßigung der Schuldenlast in der einen oder andern Form — Schuldennachlaß, Zinsabwertung,

Zinszuschüsse, Vollstreckungsschutz usw. — mit Hilfe der Staatsmacht. Eine neue Form des Klassenkampfes zwischen Gläubigern und Schuldnern, der vor der Landwirtschaft, die aus erwähnten Gründen unter der Schuldenlast am stärksten leidet, und von den Hausbesitzern geführt wird.

Diese Form des Klassenkampfes greift auch auf die Währungsfront über. Die Geldentwertung mit Hilfe einer inflationistischen Politik ist das beste Mittel dafür, die Last der Schulden zu erleichtern, ja, sie überhaupt loszuwerden. Diese Absichten sind um so gefährlicher, da die Inflationisten für den Fall, daß ihre Pläne verwirklicht werden, auch die Belebung des Arbeitsmarktes in Aussicht stellen. Auf diese Weise vermögen sie auch breite an ihrem Schicksal verzweifelte Arbeitslosenmassen für ihre Zwecke einzuspannen, unbekümmert darum, daß die mit Hilfe einer Inflation hervorgezauberte vorübergehende Steigerung der Beschäftigung, falls die Sache schief geht, mit dem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft bezahlt werden muß.

Wer angesichts dieser Klassenkämpfe, die heute auf den verschiedensten Fronten in verschärfter Form auftreten, noch davon redet, daß es gegenwärtig überhaupt keine Klassenkämpfe gäbe, oder daß diese nicht, in den Tatsachen selbst gegeben wären, sondern nur künstlich aufgebaut seien, den müssen wir, um ein Wort eines volkswirtschaftlichen Schriftstellers anzuwenden, zwar nicht um seine Intelligenz, jedoch um seinen Optimismus beneiden.

A. H.

### Die baugewerblichen Verbände im Kampf gegen unsoziale Maßnahmen

Der freiwillige Arbeitsdienst und seine etwas ältere Verwandte, die Fürsorgepflichtarbeit, beides Kinder unserer außerordentlichen Wirtschaftskrise, haben bisher wenig Erfreuliches zutage gefördert. Mit dieser Feststellung soll nicht bestritten werden, daß in den Grundgedanken, brachliegende Arbeitskräfte für das Volksganze nutzbar zu verwerten, ein gesunder Kern steckt, und wir sind die letzten, das psychologische Moment zu unterschätzen, das eine ausbringende Tätigkeit für den langfristig Erwerbslosen bedeuten kann. Aber niemand, der sich eingehend mit dem bisherigen Verlauf befaßt und einen tieferen Einblick in die Auswüchse und deren Folgen gewonnen hat, kann sich der Überzeugung verschließen, daß hier wieder einmal, wie so oft in den zulezt zurückliegenden Jahren, der deutschen Arbeiterschaft eine unsoziale und bis zu unerträglichen Härten gesteigerte Maßnahme aufgebürdet worden ist.

Sehen wir uns die Vorgänge in der Zeitfolge und Entwicklung näher an, kommen wir zu wenig erfreulichen Ergebnissen. Den Begriff der Fürsorgepflichtarbeit findet man schon in der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924. Er war ursprünglich gedacht als ein Betätigungsfeld für Arbeit, die ohne besondere oder gar berufliche Vorbildung geleistet werden könne. Der Begriff des freiwilligen Arbeitsdienstes ist neueren Datums, im Prinzip aber — abgesehen von besonderer Berücksichtigung Jugendlicher — von ersterem kaum verschieden, das heißt es sollte sich bei beiden Arten um allereinfachste Betätigung handeln, die keinerlei Voroder Berufskenntnisse erfordert. Ihn auf Facharbeit im allgemeinen und auf bau- oder haubewerbliche Berufsarbeit im besonderen auszudehnen, blieb der dritten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 mit der Bezeichnung: „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen“ vorbehalten. Es heißt dort im § 4, Kapitel II, im vierten Teil, daß die Fürsorgepflichtarbeit auch auf Facharbeiter beim Siedlungsaufbau ausgedehnt werden kann und Arbeiten zur Aufschließung des Geländes und zur Errichtung der notwendigen Baulichkeiten als „gemeinnützig und zusätzlich“ im Sinne des § 139 a WABG, zu betrachten seien. Das letzte, nämlich gemeinnützig und zusätzlich zu sein, war bisher Voraussetzung dafür, daß verbilligte Arbeitskräfte für Fürsorgepflichtarbeit herangezogen werden konnten. Mit den neuen Bestimmungen und der weitergehenden Auslegung wurde dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Waren die Grenzen zwischen freiwilligem Arbeitsdienst und Fürsorgebeziehungswise Wohlfahrtspflichtarbeit schon bisher ungenau umrissen, so machten nun einzelne Gemeinden überhaupt keinen Unterschied mehr. Vor allem die baugewerblichen Arbeitnehmer, denen infolge des völligen Daniederliegens aller Bautätigkeit schon seit Jahren jede Erwerbsmöglichkeit unterbunden war, wurden in weitestem Maße zu unbezahlter Berufsarbeit gezwungen. Mit der Inangriffnahme der Arbeits-



kapitalistischen Gesellschaft kaum mehr vorhanden. Der Lebensraum der arbeitenden Jugend wird zerrumert. Die kapitalistische Gesellschaft schließt sich mehr und mehr generationsmäßig nach unten ab. Auflösung und Überfüllung der Berufe, Verstopfung der gesellschaftlichen Wandlungsventile und Abzugslände sind die Zeichen der Zeit. Im „fünften Stand“ der erwerbslosen Arme tritt eine ganz neue Sozialgruppe auf, die ein antikapitalistisches Schicksal zusammenhält, obwohl sie sich aus den verschiedensten Klassen rekrutiert.

Die bürgerlich-mittelständlerische Jugend ist in eine proletarische Lebenslage hineingeraten. Als Ventil benutzt man zunächst noch die sinnlose Akademisierung dieser Jugend und schafft damit nur neue Spannungen. Ein Teil dieser bürgerlichen Jugend hat gewisse Vorurteile und Lebensgewohnheiten bereits abgelegt, er vermag es aber noch nicht, die Geisteshaltung des kämpfenden Jungproletariats zu teilen. Er sucht trampfhaft nach einem Ausweg, der ihn wenigstens in die Nähe des Arbeiters bringt. Wir haben es hier mit einer typischen Zwischenklasse zu tun, deren soziale Entwicklung vom Schicksal des Kapitalismus reflexiv abhängig ist. Wenn man umgekehrt von einer Verbürgerlichung des jungen Arbeiters spricht, so trifft man damit nicht ins Schwarze, denn eine individuelle Verpießerung hemmt noch nicht den gemeinsamen sozialen Kampf dieser Klasse. Trotzdem herrschen auch innerhalb des Jungproletariats gewaltige Spannungen. Ein sozialer Aufstieg ist dieser Jugend vollständig verbaut. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft versucht sich zu sichern durch die Aufrechterhaltung des Bildungsmonopols. Auf der einen Seite haben wir es mit einer regelrechten Ueberbildung zu tun, auf der andern Seite baut man die Volkshochschulen ab.

Entscheidend wird jetzt die Frage: Was soll werden? Das Erlebnis des gesellschaftlichen Auflösungsprozesses bringt die Jugend in die Gefahr der Formlosigkeit. Diese vom Kapitalismus ausgebeutete Jugend aller Schichten drängt irgendwie nach Einheit, nach neuem Halt. Die Gefahr der Indifferenz erzeugt eine Auflockerung der Moralvorstellungen und ein geistiges Freibeutertum. In dieser Situation wird von der andern Seite die Fahne des Generationenkampfes erhoben (Antireis). Nun besteht kein Zweifel darüber, daß die junge Generation in hohem Maße vom Einfluß auf die Gesellschaft ausgeschaltet ist. Wir müssen aber vermeiden, daß der Generationskampf im luftleeren Raum der Gedanken geführt wird. Weil der sozial entwurzelten bürgerlichen Jugend die Wirkungsmöglichkeit in Wirtschaft und Gesellschaft verbaut ist, sucht sie durch die Uebersteigerung der Begriffe Nation und Staat zu neuer Einordnung zu kommen. Sie fordert geradezu einen neuen Jugendstaat, sie will einen Sozialismus, aber es ist der Sozialismus nicht über die Klasse, sondern über die Nation. Hier ist die Gefahr eines Kurzschlusses der Gedanken vorhanden. Der Generationskampf wird für uns junge Sozialisten zum Klassenkampf, weil nur durch die soziale Erziehung des Proletariats die Auflösung der Widersprüche der Gesellschaft erfolgen kann. Auch wir wollen die Nation. Nation wird aber erst durch Sozialismus.

Die Jugend sucht eine Erlösung durch den Radikalismus. Von der andern Seite erstrebt man eine „Vereinfachung“ aller gesellschaftlich politischen Probleme. Auch wir sagen, der Sozialismus kann nur radikal wachsen, von der Wurzel auf. Wir suchen das aber nicht durch eine Vereinfachung, sondern durch eine Durchdringung. Die junge Generation wird nur dann wieder zu gesellschaftlichem Einfluß gelangen, wenn sie zur „Einheitsfront aller Opfer des Kapitalismus“ wird. Antiliberalismus und Antikapitalismus sind noch keine Weltanschauung. Die Eingliederung der Gesellschaftsklassen in die nationale Produktion kann nur erfolgen durch einen konstruktiven Gesellschafts- und Wirtschaftsplan. Der Sozialismus will keine Gleichmacherei, er ist auch bei durchgeführter Konzentration und Verstaatlichung der Produktionsmittel gesunde lebendige Gliederung. Eine Gesamtlösung im Ideologischen, die Teillösung bleibt im Dekonomischen (Drittes Reich, Ständeordnung), zersprengt die Einheit der Nation und wird zum Ausgangspunkt einer Reihe revolutionärer Vorgänge, deren Träger eine enttäuschte deutsche Jugend sein wird. Man fordert auf der andern Seite heute einen starken Staat, den Staat als Männerbund, als Heeresordnung, man vertritt einen „realistischen Heroismus“, der mehr Romantik ist als Wirklichkeit. Wir setzen dem gegenüber die Forderung nach einem demokratischen Staat, der nicht im Widerspruch steht zur gesellschaftlichen Ordnung, dessen Autorität und Führung aus der Freiheit des Volkes erwächst.

Die kommende Gesellschaftsordnung ist ein Kampfprodukt und ein soziales Erziehungsprodukt. Die deutsche Jugendbewegung kann an beiden Stellen einsetzen, sie kann Auffangstation der sozialistischen Willensströme der jungen Generation werden. Dazu bedarf es aber der Herausarbeitung eines klaren gesellschaftlich-politischen Bewußtseins. Wir kommen zur neuen gesellschaftlichen Ordnung nur durch die praktische Eroberung der staatlichen Ausgangsstellungen.

**Wunsch der arbeitslosen Malerjugend!**

Wir möchten gern bemalen die alten kahlen Wände  
Und möchten gerne rühren die jungen Malerhände,  
Möchten schwingen unseren Quast  
Und nicht immer denken an Sorgen und Last.  
Und nicht müßig am Ofen stehen  
Oder stempeln gehen;  
Nein! wir möchten uns hoch auf de.a Gerüste schwingen  
Und dazu ein freies Liedchen singen!  
Bis einmal kommt die große Zeit  
Mit Arbeit, Brot und Einigkeit.  
Darum, Kollegen, kämpft Hand in Hand,  
Für den freien Maler- und Lackierer-Verband!  
Subert Boelte, Essen.

**Dem freiwilligen Arbeitsdienst**

Nach Mitteilungen, die der jetzige Reichsarbeitsminister Dr. Syrup über Wesen, Zweck und Erfolge des freiwilligen Arbeitsdienstes auf der Sitzung des Hauptauschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages am 7. Dezember in Berlin machte, ist die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten von rund 300 im Oktober 1931 auf 270 000 am 1. November dieses Jahres gestiegen. Die starke Entwicklung des freiwilligen Arbeitsdienstes habe dazu geführt, daß die dem Reichskommissariat zur Verfügung gestellten Mittel von 45 Millionen in den nächsten Wochen erschöpft seien. Mit Zustimmung der Reichsregierung habe die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung weitere 25 Millionen zur Verfügung gestellt. Nach den bisherigen Erfahrungen sei damit zu rechnen, daß im Jahre 1933 mit einem durchschnittlichen Einfluß von 200 000 Arbeitsdienstwilligen gerechnet werden könne. Dies bedeute die Aufwendung von etwa 200 Millionen Mark.

Der Reichsarbeitsminister beschäftigte sich auch mit der Arbeitsdienstpflicht, die er aber vorläufig wegen der Unmöglichkeit, die finanziellen Mittel zu beschaffen, und wegen der politischen Zersplitterung der Jugendlichen, die die Gefahr innerer Spannungen zwischen den Arbeitsdienstpflichtigen erkennen lasse, ablehnt.

**Funktionäre**

Ihr Vielgelästerten, ihr Vielverhöhnerten,  
Ihr Funktionäre!  
Warum speit jeder unfähige Unternehmererbe,  
Jeder ausgehaltene, bezahlte Kettenhund:  
Und jeder freiwillige Speichellecker  
Bankrotter Wirtschaftskapitane,  
Hochmässig, dummscholz, wütend,  
Den Helfer seines blinden Hasses  
Euch vor die Füße?  
Weil sie euch fürchten!  
Weil ihr Standortenträger seid  
Des Volkes der Maschinen,  
Des Volkes der Sämler, Hände und Gehirne.  
Weil ihr die Führer seid.  
Weil euch der Masse Herz und ihr Vertrauen eigen ist  
Und weil auf euren Rat und Wink  
Ein jeder Trupp, in jedem Wert,  
Wann es auch sei und wo,  
Die Arbeit hinwirft und die Sore schließt.  
Weil ihr die Brückenbauer in die Zukunft seid.  
Indes sie selbst ruhmlos ersticken  
In ihrer eignen Moderatmosphäre  
Zerfallender Vergangenheit.  
Darum die Wut, der Haß, der Reiz  
Auf euch, ihr Vielgelästerten,  
Ihr Vielverhöhnerten, ihr Funktionäre!  
Geduld, Geduld!

Wie die Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst stehen, ist bekannt. Unsere Organisation bemüht sich besonders, Mittel für die fachliche Weiterbildung unserer arbeitslosen Jungkollegen zu bekommen. In vielen Fällen ist das auch geglückt.

Die Tatsache, daß der Reichsarbeitsminister die Arbeitsdienstpflicht nicht grundfänglich, sondern nur unter den obwaltenden Umständen ablehnt, zeigt, daß die Arbeiterschaft die Entwicklung auf diesem Gebiete nicht aus den Augen lassen darf.

Siehe auch den Artikel „Die hausgewerblichen Verbände im Kampf gegen unsoziale Maßnahmen“.

**Zur Frage der Arbeitsbeschaffung**

Die Regierung Papen hatte sich vorgenommen, die Wirtschaft anzukurbeln. Zu diesem Zweck wurden Milliardenbeträge mobilisiert und an die Unternehmer und andere besitzenden Kreise zur Verteilung gebracht. Genützt hat es sehr wenig, wie sich besonders aus der vom NGB durchgeführten Erhebung über die Wirkungen der Notverordnungen auf die Lage des Arbeitsmarktes und die Gestaltung der Löhne und Arbeitszeit ergibt. Sie zeigt unzweideutig, daß das System des Anreizes, wie es von Papen zur Anwendung kam, nicht funktioniert. Als Beweis dafür einige Zahlen. Unter vielen zehntausend Betrieben im Reich haben nur 943 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnungen vorgenommen. Insgesamt wurden von ihnen 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt. Davon wäre ein Teil aber auch ohne das Bestehen der Notverordnung eingestellt worden, denn die Betriebe mußten Einstellungen aus besonderen Gründen (Konjunktur, öffentliche Aufträge, Saison) vornehmen. Dabei haben sie die Einstellung von billigen weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften, um möglichst große Lohnersparungen zu erreichen, den Vorzug gegeben.

Nachdem die Erwartungen der Papenregierung sich so wenig erfüllt haben, ist der für die Prämien bei Neueinstellungen bereitgestellte Fonds von 700 Millionen Mark in absehbarer Zeit nicht unterzubringen. Deshalb muß verlangt werden, daß die Regierung den freibleibenden Betrag dieses Fonds unverzüglich für die öffentliche Arbeitsbeschaffung verwendet.

Das durch die Verordnung vom 5. September geschaffene System des Tarifbruchs hat ebenfalls versagt. Es hat die ganze Wirtschaft in Beunruhigung versetzt, um einem Häuflein von Arbeitgebern — die kaum die tüchtigsten im Reich sind — eine neue Lohnersparnis zu ermöglichen. Dieses Ergebnis begründet unsere Forderung: Die Notverordnung vom 5. September sowie ihre Ergänzung vom 14. September sind außer Kraft zu setzen.

Nicht minder kläglich ist das Anreizsystem in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit durchgefallen. Die Notverordnung wollte die Arbeitgeber durch die Prämien zum Übergang zur vierzigstündigen Woche anreizen und

auf diese Weise den Zwang der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitswoche vermeiden. Die Erhebung des NGB zeigt aber, daß in den Betrieben, die von der Notverordnung vom 5. September Gebrauch gemacht haben, die Arbeitszeit in größerem Umfang verlängert als verkürzt worden ist: Den 250 Betrieben mit 58 117 Beschäftigten, die die Arbeitszeit verlängert haben, stehen nur 165 Betriebe mit 45 959 Beschäftigten gegenüber, in denen die Arbeitszeit gekürzt worden ist. Mit dem Spiel des Anreizes zur Arbeitszeitverkürzung ist Schluss zu machen. Die vierzigstündige Woche muß unverzüglich gesetzlich durchgeführt werden.

Der verschwindend geringe Umfang der Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung vom 5. September ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das System der Steuergutscheine die bekannten prahlerischen Versprechungen des Reichstanzlers von Papen nicht gerechtfertigt hat. Ihr größter Teil ver wandelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft auf dem Verbrauchsgütermarkt und bleibt in den Händen der Privaten als Steuerzahlungsmittel für die Zukunft. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, das System der Steuergutscheine auf die Weise umzugestalten, daß es eine Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten schafft.

Die bisherige Verwendung der 2,2 Milliarden Mark an Steuergutscheinen stellte im wesentlichen eine Vergebung des zukünftigen Volkseinkommens dar. Die Aktion muß auf die Weise umgebo gen werden, daß der noch frei zu machende Betrag — in der Größenordnung von etwa 1 1/2 Milliarden Mark — wirklich produktiv verwertet wird. Mit diesem Betrage können etwa eine Million Arbeitslose unverzüglich wieder beschäftigt werden.

**Die Anpassungsfähigkeit der Nazis**

Das Programm der Nazi-partei ist ein Sammelurium halb verstandener und verlehrt ausgesprochener Wahrheiten und einer Menge verschwommener Phrasen. Dennoch wurde es für unabänderlich erklärt. Einer der Väter desselben ist Gottfried Feder. Wie diese Leute sich anpassen und ihre eigenen Theorien als „unabänderlich“ halten, lehrt nachstehende Gegenüberstellung, die die „Frankfurter Zeitung“ aus der von Feder verfaßten Schrift „Der deutsche Staat“ vornimmt:

6. Auflage 1931: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden verstaatlicht...“  
7. Auflage 1932: „Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) werden bekämpft...“  
... der wahre Unternehmer muß mit den Preisen an die unterste Grenze gehen, muß seine Arbeiter gut entlohnen... Das hervorragendste und weitbekannteste Beispiel dieser Art Unternehmer ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht einzuschätzen die Krupp, Rirdorf, Thyssen, Abbe, Mannesmann, Siemens.  
... der richtige Unternehmer ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe durchaus bewußt, die Erzeugung so einzureichen, daß der Bedarf mit den geringsten Kosten für den Verbraucher gedeckt werden kann, daß die Herstellungskosten immer geringer werden. Wohl das leuchtendste Beispiel solcher wahren Unternehmertenweise ist Ernst Abbe... Männer wie Alfred Krupp, Mannesmann, Werner Siemens, Thyssen, Borfig, Krauß, Maffel.“

Im Jahre 1931 wollte man noch Riesenbetriebe (Konzerne, Syndikate und Trusts) verstaatlichen. Ein Jahr später will man sie nur noch bekämpfen. Wie und wodurch wird nicht gesagt. Vor einem Jahr sollte der Unternehmer die Arbeiter noch gut entlohnen. Jetzt hat er nur noch volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Im Vorjahre wurde Ford als der fortschrittlichste Unternehmer bezeichnet. In diesem Jahr ist der Sozialpolitiker und Freund August Bebel's, Ernst Abbe, an seine Stelle getreten. In der sechsten Auflage des Buches wurde der Scharfmacher Rirdorf noch „hoch eingeschätzt“. Jetzt ist sein Name verschwunden. Das ganze ist ein Beispiel, wie die Nazis das Mäntelchen nach dem Winde drehen. Arbeiter dürfen diesen politischen Scharlatanen nicht nachlaufen.

**Empfindliche Naziniederlage**

Am 4. Dezember fanden in Thüringen Gemeindevertreterwahlen statt. Die Nazis ließen dort in den letzten Wochen vor der Wahl ihre prominenten Wahlpropaganda treiben, sicher in der stillen Hoffnung, einen großen Sieg zu erringen. Aber es ist anders gekommen. Die Wähler sind, wie sich aus dem Abstimmungsresultat ergibt, den Lockungen der Nazi-propagandisten nicht gefolgt, sie haben über die Nazi-politik in Thüringen — man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme auch über die Reichspolitik der Nazis nach der Reichstagswahl am 6. November — ein vernichtendes Urteil gefällt. Der Rückgang an Stimmen ist so groß, daß ihn auch die Rechenkunststücke und Ausflüchte der Nazis nicht wergretuschieren kann. Zwar haben auch die Sozialdemokraten Stimmen eingebüßt, aber kaum in dem Maße, als er sich durch die geringere Wahlbeteiligung ergibt. Dasselbe trifft im allgemeinen auf die Kommunisten zu. Zahlenmäßig sieht das Ergebnis folgendermaßen aus. Es erhielten Stimmen:

	4. Dez.	6. Nov.	31. Juli
NSDAP. ....	262 662	341 230	423 948
SPD. ....	188 227	209 784	231 231
KPD. ....	150 198	178 404	159 233
Thür. Landbund ..	69 016	59 492	54 885

Demnach hat die NSDAP. vom 31. Juli bis zum 6. November, und vom 6. November bis zum 4. Dezember je 80 000 Stimmen, zusammen 160 000 Stimmen, verloren!

Noch einige weitere solcher „Siege“, dann ist es mit der Hoffnung auch des letzten Nazi auf das Kommen des Dritten Reichs endgültig vorbei.

